

HAUSMITTEILUNGEN



Hanemann über Elmer

«Ein Tatsachenkrimi, so schnell, fettfrei und nüchtern wie eine Strassenkatze», schrieb Constantin Seibt im «Tages-Anzeiger» über «Elmer schert aus» (Echtzeit-Verlag). Darin erzählt WOZ-Redaktor Carlos Hanemann die Geschichte des Julius-Bär-Whistleblowers Rudolf Elmer, die den Anfang vom Ende des Schweizer Bankgeheimnisses einläutete.

An der Buchvernissage am Freitag, 1. April, um 20 Uhr im Theater Neumarkt in Zürich gibt es eine kurze Lesung aus «Elmer schert aus», zudem werden Ausschnitte aus Werner Schweizer's aktuellem Elmer-Film «Offshore» gezeigt. Im Anschluss unterhält sich Sabine Sturzenegger (watson.ch) mit Elmer und Hanemann.

100 WÖRTER



In die Suppe gespuckt

Bei der Verteilung der Auszeichnungen für besondere Verdienste um das Vermessen unwegsamer Grenzgebiete war Guggenbrügel einmal mehr übergegangen worden. Nicht dass ihn das gewundert hätte, war doch von Anfang an klar, dass die ganze Veranstaltung nichts als eine traurige Farce war, bei der Verwandte und Spezies des Präsidenten, der noch nicht einmal das Grenzgebiet zwischen seiner Nase und seiner Oberlippe vermessen konnte, weil ihm sein rotziefender Schnauz dabei im Weg stand, absahnen würden. So sass Guggenbrügel demütig und mit verschränkten Armen im Publikum und wartete auf das Schlussbankett, bei dem er der Bande mit Gusto in die Suppe spucken würde.

Stephan Pörtner ist Krimiautor («Köbi der Held», «Stirb, schöner Engel», «Mordgarten») und lebt in Zürich. Für die WOZ schreibt er Geschichten, die aus exakt 100 Wörtern bestehen. Im Dezember 2014 hat die WOZ eine Auswahl unter dem Titel «100 Mal 100 Wörter» als Buch herausgegeben, das unter www.woz.ch/shop/woz-buecher erhältlich ist. Sein 2013 erschienener Krimi «Mordgarten» ist unter www.woz.ch/shop/buecher zu haben.

DIESSEITS VON GUT UND BÖSE



In vitro felicitas

Mit dem Ruf «Ich will ein Kiind!» ging die Protagonistin in der deutschen Synchronfassung von Jean-Luc Godards «Une femme est une femme» vor fünfzig Jahren diverse Männer an. Heute hätte sie sich wohl längst an eine der 28 Fruchtbarkeitskliniken gewendet, in der hierzulande jährlich über 6000 Paare Hilfe suchen, weil sich keine Schwangerschaft einstellt.

Denn während man in noch früheren Zeiten meinte, das unglückliche Paar verdanke seine Kinderlosigkeit Gottes weisem Ratschluss, ist sie heute bloss noch eine Frage der Technik – und der Finanzen: Zwischen 4000 und 10000 Franken kostet so eine Behandlung in der Schweiz. Zudem braucht die In-vitro-Fertilisation eine erhebliche Anzahl von Versuchen und führt auch nicht immer zum Erfolg. Über Monate müssen sich Paare regelmässig in der Klinik einfinden und haben dabei ziemlich viel Stress.

Rund zwei Prozent aller jährlich in der Schweiz geborenen Babys beginnen ihr Leben inzwischen in der Petrischale. Noch ist diese Form der Kinderwunscherfüllung dem gut verdienenden Mittelstand vorbehalten, doch die Forderung nach einer Zahlungspflicht der Krankenkassen steht schon im Raum.

Nun halte ich persönlich ja weder leibliche Kinder für ein Menschenrecht noch Kinderlosigkeit für eine Krankheit. Und bevor jetzt jemand böse wird: Ich liebe Kinder – ehrlich! КНО

UNTERNEHMENSSTEUERREFORM III

Die neue Avantgarde aus der Waadt

VON ADRIAN RIKLIN

Von der SP hätte man das nicht erwartet: die vor-eilige Einführung der dritten Unternehmenssteuerreform. Mit 87 Prozent Ja-Stimmen haben die waadtländischen StimmbürgerInnen am vergangenen Sonntag die Vorlage des sozialdemokratischen Staatsrats Pierre-Yves Maillard angenommen. Das heisst, dass (frühestens 2019) die Gewinnsteuern für alle Unternehmen mit einem auf 13,8 Prozent gesenkt werden sollen.

Auf den ersten Blick ist das verblüffend, zumal die Waadt im Vergleich überaus fortschrittlich ist: In kaum einem anderen Kanton sind linke Ideen so mehrheitsfähig und Sozial- und Gesundheitswesen besser ausgebaut. Und nun das: eine finanzpolitische Reform, bei der selbst vernunftbegabten bürgerlichen PolitikerInnen die Schamesröte ins Gesicht schiessen könnte.

Mit diesem Volksentscheid könnte die Waadt eine weitere Avantgarderolle in der Schweiz einnehmen, mit der radikalkapitalistische Grossumbauten mit einem sozialen Touch verkauft werden. Denn, o ja: So einfach kommt man beim waadtländischen Publikum mit einem so tiefen Bückling gegenüber Multis und Grosskonzernen nicht zum Erfolg. Wohl darum verknüpfte der Staatsrat die massive Senkung der Gewinnsteuern für Unternehmen mit einem «Sozialpaket». Will heissen: einer Erhöhung der

finanziellen Unterstützung für Familien, einer Verdoppelung der Beiträge des Staats und der Unternehmen an die Tagesbetreuung sowie einer Begrenzung der Krankenkassenprämien auf zehn Prozent der Haushaltseinkommen.

Funktioniert so der zeitgenössische Kuhhandel: Grosskonzernen wie Nestlé, McDonald's oder Bobst pro Jahr Millionen von Franken schenken – und der Bevölkerung das Ganze mit ein paar zusätzlichen Brosamen schmackhaft machen? Um auf diese Weise die effektive Umverteilung, die dabei herauskommt – die von unten nach oben –, elegant zu verschleiern?

Wie tiefgreifend sich die zu erwartenden Steuerausfälle auf den Service public und den Arbeitsmarkt auswirken werden, darüber streiten sich die Parteien. Die radikale Linke und die Gewerkschaften, die das Referendum gegen die Vorlage lanciert haben, befürchten Schlimmes.

DIENSTLEISTUNGSABKOMMEN TISA

«Gute Freunde», ganz unter sich

Bei den Verhandlungen über das Dienstleistungsabkommen Tisa bleibt die Zivilgesellschaft aussen vor.

VON JAN JIRÁT

In Genf finden seit vier Jahren die Verhandlungen über das Dienstleistungsabkommen Tisa (Trade in Services Agreement) statt. Eine Gruppe von fünfzig Staaten – darunter die Schweiz –, die sich selbst «sehr gute Freunde von Dienstleistungen» nennen, verhandeln dabei neue Rahmenbedingungen im globalen Handel. Es geht um das Gesundheitswesen, die Telekommunikation, die Energieversorgung, das Bildungswesen – um fast alles, was wir zum Leben brauchen.

Dass diese «guten Freunde» fast nur reiche Industrieländer sind, ist kein Zufall. Denn es sind die Entwicklungs- und Schwellenländer, die bei den stockenden Verhandlungen innerhalb der Welthandelsorganisation einem weiteren Liberalisierungskurs im Dienstleistungssektor kritisch gegenüberstehen. Tisa ist also zunächst einmal eine Umgehungsautobahn der reichen Länder, um Handelshemmnisse abzubauen und Marktzugänge zu deregulieren.

Bisher zu wenig Druck

Doch sind die Entwicklungs- und Schwellenländer nicht die einzigen Abwesenden an den Verhandlungen. Auch die Zivilgesellschaft ist bisher weitgehend davon ausgeschlossen. Die beteiligten AkteurInnen – für die Schweiz ist das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) federführend dabei – informieren nur lückenhaft.

Diese Intransparenz ist demokratiepolitisch stossend. Die Zivilgesellschaft erzeugte bisher schlicht zu wenig Druck, um das zu ändern.

Die grossen Firmen im Dienstleistungssektor und ihre Lobbygruppen sind da schon viel weiter. Das verdeutlicht ein Dokument, das die WOZ, gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz, kürzlich vom Seco erhalten hat. Darin aufgelistet sind die «informellen Treffen mit Vereinigungen» innerhalb der letzten drei Jahre, an denen «Vertreter der Schweizer Tisa-Verhandlungsdelegation» teilgenommen haben. Die Bilanz: Von den insgesamt zwölf Treffen fand nur ein einziges mit einer nichtstaatlichen Organisation statt – und alle weiteren ausschliesslich mit Wirtschaftsverbänden.

Auch auf europäischer Ebene zeigt sich dieses krasse Ungleichgewicht: Die deutsche Netzaktivistin Katharina Nocun hat im letzten November 51 Dokumente von Lobbytreffen der Generaldirektion Handel veröffentlicht – von jener Behörde also, die für die Europäische Union am Tisa-Verhandlungstisch sitzt. Das Fazit auch hier: Wirtschaftsverbände sind viel stärker in die Verhandlungen eingebunden als zivilgesellschaftliche oder gewerkschaftliche AkteurInnen. Der Einfluss der Wirtschaftsverbände geht sogar noch tiefer: Gemäss einer Studie der beiden kanadischen Politikwissenschaftler Scott Sinclair und Hadrian Mertins-Kirkwood steht am Ur-

sprung der Tisa-Verhandlungen eine Initiative der US Coalition of Services Industries, der Lobbygruppe der US-Dienstleistungskonzerne.

Beispiel TTIP-Widerstand

Höchste Zeit, dass die Zivilgesellschaft erwacht und ihre Mitwirkung am Tisa-Verhandlungsprozess einfordert. Auch die linken Parteien und die Gewerkschaften sollten – wie es der VPOD schon länger tut – endlich aktiver werden. Sonst droht im Dienstleistungssektor bald enormer Privatisierungsdruck, von dem am Ende vor allem die global tätigen Konzerne profitieren.

Der Widerstand gegen Tisa könnte sich ein Beispiel nehmen an jenem gegen das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP. Dass sich dessen Verhandlungen verzögern und die Durchsetzung dieses Abkommens weit schwieriger ist, ist dem Widerstand einer breiten zivilgesellschaftlichen Bewegung und der damit verbundenen öffentlichen Debatten in vielen europäischen Ländern zu verdanken. Der Widerstand gegen Tisa sollte an diese Bewegung anknüpfen – auch in der Schweiz. Zumal ein anderes, bisher unveröffentlichtes Seco-Dokument aufzeigt, dass die Anfrage der Schweiz, ob das TTIP-Abkommen auch für Drittstaaten offen sei, geklärt ist: «Die Antwort war positiv.» Die Tür zum TTIP-Beitritt der Schweiz ist definitiv offen.

RUEDI WIDMER

Unten links

